

## ENTSCHLISSUNG 47: SOLIDARITÄT MIT DEN UKRAINISCHEN ARBEITNEHMER/INNEN

(Originalversion in Englisch)

### 31. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) in Genf vom 14.–18. Oktober 2023

Die IÖD und die globale Gewerkschaftsbewegung haben die russische Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 und die nachfolgende Besetzung ukrainischen Territoriums verurteilt. Die russische Besetzung und die von der russischen Armee verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die pausenlose Bombardierung lebenswichtiger Infrastrukturen wie Energieversorger und Regierungsinstitutionen in der Ukraine haben dem Land immense Schäden zugefügt. Seit Februar 2022 hat die WHO 1.147 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen gezählt. Der Krieg hat zu großflächigen Umweltzerstörungen geführt, dazu gehören auch die Sprengung des Wasserkraftwerks Kachowka durch russische Streitkräfte und die Verminung weiter Teile der besetzten Gebiete. Die russische Besetzung des Atomkraftwerks Saporischschja und die Verminung des Kraftwerksgeländes erhöhen die Gefahr einer nuklearen Katastrophe, deren Folgen weit jenseits der Grenzen der Ukraine zu spüren wären. Der russische Angriffskrieg verursacht langfristige wirtschaftliche Konsequenzen und hat zu einer weltweiten Nahrungsmittel- und Energiekrise mit steigenden Preisen und hoher Inflation beigetragen, die wiederum zu krisenhaft steigenden Lebenshaltungskosten führen. Der vor kurzem gescheiterte Versuch, das Abkommen zur Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine in andere Länder zu verlängern, trägt zur Verschärfung der Lage bei.

Es gibt fünf Millionen Binnenvertriebene in der Ukraine, im Ausland leben ca. acht Millionen ukrainische Geflüchtete. Tausende Zivilpersonen und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind in der Ukraine ums Leben gekommen, Zehntausende wurden verletzt. Millionen von Menschen haben ihre Arbeit verloren.

Am 16. Oktober 2023, drei Tage nach der Kongresseröffnung, sind 600 Tage seit dem Beginn des Krieges und der Invasion vergangen.

#### **ES WIRD ZUF KENNTNIS GENOMMEN:**

- dass nach der russischen Invasion der Ukraine die systematische Unterdrückung von Menschen und sozialen Bewegungen in Russland weiter zugenommen hat, die diese Invasion verurteilen und Frieden sowie den Rückzug der russischen Truppen fordern. Unser Schwesterverband ITF wurde in Russland als unerwünschte ausländische Organisation bezeichnet. Unabhängige Gewerkschaften in Belarus wurden im April 2022 zerschlagen, viele gewerkschaftliche Führungspersonen wurden inhaftiert.
- dass die Bitten ukrainischer Gewerkschaften nach moralischer und materieller Unterstützung zu einer beispiellosen Hilfsbereitschaft von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Europa und weltweit geführt haben. Dies ist ein Zeichen der Solidarität und Unterstützung auch durch Gewerkschaften in Nachbarländern, die durch die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten ein Zeichen echter Solidarität gesetzt haben.
- dass die arbeitende Bevölkerung und unsere Gemeinschaften von Krieg und bewaffneten Konflikten am stärksten getroffen werden. Unsere Aufgabe ist es, für den Frieden zu arbeiten und Konflikte und Kriege zu verhindern. Die IÖD hat in ihrer langen Geschichte immer wieder Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen in Konfliktsituationen unterstützt. Ein Sieg Putins über die Ukraine wäre ein Erfolg für ein autoritäres Regime mit der Gefahr der Auslöschung der ukrainischen Identität und Kultur. Wir können hier nicht tatenlos zusehen.
- Die IÖD fordert die Respektierung von Arbeitnehmerrechten, die Aufnahme eines effektiven Sozialdialogs in der Ukraine und die Einführung eines Arbeitsrechts, das auf den IAO-Normen und der Sozialgesetzgebung der EU beruht. Die Zukunft der Ukraine kann kein neoliberales Wirtschaftsmodell sein, das der Ukraine von transnationalen

Unternehmen und Oligarchenkreisen aufgezwungen wird. Das europäische Sozialmodell ist der Pfad und die Perspektive für die Ukraine.

**Der Kongress FORDERT:**

- die sofortige Einstellung aller russischen Kampfhandlungen in der Ukraine und den Rückzug russischer Truppen aus den besetzten Gebieten entsprechend internationalem Recht und der UN-Charta, die die Souveränität der Ukraine garantiert. Das muss schnell auf dem Wege der Diplomatie und nicht durch eine Eskalation des Krieges geschehen.
- die sofortige Freilassung von AktivistInnen für Frieden und soziale Gerechtigkeit sowie inhaftierten GewerkschafterInnen und JournalistInnen in Belarus und in Russland.
- dass bei dem Wiederaufbau der Ukraine Arbeitnehmer- und Gewerkschaftswerte eine zentrale Bedeutung haben müssen und einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und einer inklusiven Gesellschaft leisten müssen. Nach Aufhebung des Kriegsrechts müssen die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte umfassend wiederhergestellt werden. Wir unterstützen die ukrainischen Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen in ihrem Widerstand gegen Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienste.

**BEKENNT**

- sich zu seiner Solidarität mit dem ukrainischen Volk und der gesamten arbeitenden Bevölkerung, die unter den Folgen der russischen Invasion leiden.

**FORDERT**

- alle europäischen Länder auf, weiterhin Geflüchtete aufzunehmen und weiterhin humanitäre Hilfe und Unterstützung für die Menschen im Land zu leisten.

**Der KONGRESS fordert den IÖD-Vorstand auf:**

1. sich weiterhin solidarisch mit allen ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen in der Ukraine und mit ihrem Kampf für Arbeitnehmerrechte und gegen den Faschismus und die russische Aggression zu erklären;
2. gemeinsam mit dem EGÖD und der europäischen Gewerkschaftsbewegung für Frieden und Sicherheit in der Ukraine und in der Region Europa zu arbeiten; und
3. gemeinsam mit dem EGÖD eine Informationsreise in die Ukraine sowie eine Konferenz der Gewerkschaften in der Ukraine zu organisieren, um Zukunftsperspektiven zu entwickeln und um sicherzustellen, dass die Gewerkschaften am Wiederaufbau der Ukraine beteiligt werden.

*Eingereicht von:*

*GIL-FP, Italien*

*Younion, Österreich*

*Fagforbundet, Norwegen*

*UNISON, VK*

*UIL PA, Italien*

*UGT SP, Spanien*

*Gewerkschaft der Kernenergiearbeiter, Ukraine*